

"Eine Landsgemeinde der Bildung" : 2. September 2011 : Bildung und Politik am ersten Schweizer Bildungstag in Bern

Autor(en): **Cantoni, Fabio**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **73 (2011)**

Heft 5: **Die Rolle der Lehrperson**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-720311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Eine Landsgemeinde der Bildung»

2. September 2011: Bildung und Politik am ersten Schweizer Bildungstag in Bern

Am ersten Schweizer Bildungstag trafen sich in Bern die Akteure zum Meinungs- und Gedankenaustausch: Bildungspolitiker aller Parteien, Verwaltungsvertreter, die Spitze der Erziehungsdirektorenkonferenz sowie die Präsidien der kantonalen Lehrerverbände. Organisiert wurde der Bildungstag vom Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) und seinem Westschweizer Pendant, dem Syndicat des Enseignants Romands (SER).

VON FABIO CANTONI

Um mit der grossen Heterogenität der Ansprüche an die Schule und den Vorstellungen über die Realisierung dieser Ansprüche umzugehen, brauche es eine «Landsgemeindekultur» des Redens über Bildung in der Schweiz. Diesen Worten von Toni Strittmatter anlässlich der LCH-Delegiertenversammlung von 2009 in Bern, sind nun wirklich Taten gefolgt: Die Bildung und die Politik sind am ersten Nationalen Bildungstag, vertreten durch 170 Akteure, in den Dialog getreten.

In seiner Eröffnungsansprache zeigte sich LCH-Präsident Beat W. Zemp über das gestiegene Interesse der Parteien und der Medien an der Schule und am Bildungswesen erfreut. Es habe aber

auch eine Schattenseite: «Der Preis für die politische Einflussnahme auf die öffentliche Schule ist nicht nur ideologisches Gezänk zwischen Lobbygruppen und Expertenstreit.» Die Schule werde zunehmend auch «als parteipolitisches Vehikel missbraucht, um neue Wählerstimmen zu gewinnen».

In der anschliessenden Podiumsdiskussion versuchte Moderator Iwan Rickenbach den Damen und Herren Politiker klare Bekenntnisse zur Schule zu entlocken. Ihre Statements zu den unterschiedlichsten Themen im Bildungsbereich waren

- die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Betonung von Fachleuten für die Schweiz (Dienstleistungssektor),

- mehr Mittel für die Bildung,
- HarmoS und Lehrplan 21 als Meilensteine,
- eine breite Bildung mit hoher Durchlässigkeit,
- ergänzende Angebote für die Gesellschaft,
- und der Rückzug «aus der akademischen Sackgasse in der Lehrerbildung».

Die Meinungen gingen dementsprechend weit auseinander und es gelang den Sprechenden nur schwer, den parteilichen Hintergrund richtig abzustreifen. Dies bekam dem Dialog in der ersten Runde nicht gut, und so wurde nur wenig diskutiert und dafür mehr Partei-Forderungen an die Schule und ihre Lehrpersonen abgespielt.

Dies sollte sich dann in der nächsten Runde gründlich ändern: Denn nun ging es auf Tuchfühlung zwischen Politik und Bildung. In kleinen gemischten Gesprächsrunden fanden die teils hitzigen Diskussionen der sieben Thesen von LCH und SER statt:

1. Ende der «mission impossible»

Die Schulen brauchen einen geklärten, machbaren und verbindlichen Auftrag. Der Lehrplan muss festlegen, was wer am Ende der Schulstufen in welcher Güte mindestens können muss. Dieser Kernauftrag ist national festzulegen, wie

Schweizer Bildungstag Journée Suisse de l'Éducation



es der Verfassungsauftrag will. Gleichzeitig muss die Schule befähigt werden, mit den bleibenden widersprüchlichen Erwartungen an Bildung und Erziehung zu leben, wie dies in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Und es muss anerkannt werden, dass die Schule bei allem redlichen Bemühen nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Neue Forderungen gesellschaftlicher Anspruchsgruppen dürfen nicht direkt durch Lehrmittel und Reformkampagnen den Schulen aufgedrängt werden, sondern müssen sich zuerst auf der Bühne der Lehrplanaushandlung behaupten. Für den offenen Dialog zwischen der Schule und ihrer gesellschaftlichen Umgebung müssen neue Formen jenseits von ständiger Einmischung und unqualifizierter Kritik gefunden werden.

2. In die Bildung stärker investieren

Mit 5% des Bruttoinlandsprodukts für das Bildungswesen liegt die Schweiz nur gerade im OECD-Durchschnitt. Länder wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland oder Neuseeland geben ein bis zwei Prozentpunkte mehr aus. Auch wenn Geld allein nicht automatisch Qualität bewirkt, ist Bildung vermehrt als eines der wichtigsten Investitionsgüter für den Wohlstand, das Funktionieren der Demokratie und den Erhalt der Souveränität des Landes zu betrachten. Deshalb muss der Anteil der Bildungsinvestitionen am BIP erhöht werden. Die Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz von Investitionen in das Bildungswesen ist eine unbestrittene Daueraufgabe. Sie ist nicht zu verwechseln mit Sparübungen, welche in der Regel weder die Wirksamkeit noch die Effizienz verbessern, sondern die Qualität beschädigen.

3. Die Besten gewinnen für den Lehrberuf

Investitionen in die Qualität des Bil-



dungswesens sind am wirksamsten, wenn sie als Investition in die Qualität des Lehrpersonals getätigt werden. Die Lehrpersonen aller Stufen sind, bezogen auf ihren jeweiligen verschiedenartigen Auftrag, durchwegs auf Masterniveau auszubilden. Der Beruf muss attraktiv sein für engagierte, geistig regsame und an Wirkungen interessierte junge Menschen. Namentlich auch wieder für Männer. Neben der Eröffnung von Laufbahnperspektiven müssen die zeitlichen Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass mehr Zeit für die seriöse Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und die Zusammenarbeit reserviert ist. Und es muss eine Besoldungsperspektive geschaffen werden, welche den Vergleich zu anderen akademischen Berufen mit hoher Führungsverantwortung aushält. Jegliches Niveaudumping zwecks Behebung von Mangelsituationen ist kurzfristig, beschädigt das Ansehen des Berufs, führt so zu weiteren Abwendungen und verschärft mittel- und langfristig die heute schon bestehenden Qualitätsprobleme.

4. Die Profis respektieren

Die Einmischung der Politik in operative Details der Schulführung muss durch eine Kultur des Respekts vor der Profession abgelöst werden. Die Grundidee des «New Public Management», bisher oft pervertiert, ist endlich konsequent durchzuführen: Die Politik erteilt den

Auftrag. Die Profession rechnet den Tarif aus, zu dem dieser Auftrag erfüllbar ist. Klaffen Auftrag und Ressourcen auseinander, dann ist es wiederum an der Politik, entweder die Ressourcen nachzubessern oder den Auftrag zu reduzieren oder fallen zu lassen. Die Profession erträgt es nicht mehr, Aufträge unter Tarif ungenügend erfüllen zu müssen. Und sie lässt nicht mehr zu, dass Laien in Details der Berufsausübung hineinreden.

5. Chancengleichheit und Integration sind als Leitideen nicht verhandelbar

Öffentliche Bildung in einer demokratischen Gesellschaft ist nur denkbar unter dem Anspruch des Bemühens um Chancengleichheit und Integration. So schreibt es die Verfassung vor. Dass diese Leitideen in der Praxis dann nur unvollkommen erreichbar und ihrer Umsetzung Grenzen gesetzt sind, ist ebenso zu anerkennen. Streitereien um die Extrempositionen sind hier völlig unfruchtbar und fehl am Platz. Die Schulen brauchen jedoch eine stark verbesserte Ausrüstung für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft braucht es deutlich mehr Tagesstrukturen sowie Massnahmen der Frühförderung.



6. Auftrag erfüllen statt Kulissen malen

Der modischen Kontroll- und Wettbewerbsrhetorik ist eine klare Absage zu erteilen. Die Benchmarking-Analogien aus der Privatwirtschaft sind aus verschiedenen Gründen nicht auf ein öffentliches Pflichtschulwesen übertragbar. Länder mit extremer Wettbewerbskultur (Schulrankings, Benchmarkings- und Schulaudits) sind damit nicht erfolgreich, weil die Schulen solche untauglichen Ansätze rasch unterlaufen und gezwungen sind, ihre Energie in die «Kulissenmalerei» statt in die Qualität der Auftragsbefreiung zu investieren. Die schulgerechte Alternative ist die Verpflichtung der Schulen zur Rechenschaftslegung über die Auftragsbefreiung. Dies geschieht auf der Basis einer professionell durchgeführten und kontrollierten Selbstevaluation.

7. Politische Bildung stärken

Die politische Bildung ist völlig ungenügend geworden, was die kompetente Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens gefährdet. Der politischen Bildung drohen weitere Kürzungen im Lehrplan und in der Stundendotation. Es braucht gesicherte elementare Kenntnisse über das Funktionieren unserer politischen Institutionen. Und bei den Kindern und Jugendlichen muss für das persönliche politische Engage-

ment der Sinn geweckt und der Wille geschaffen werden. Gefordert ist hier eine gemeinsame Bildungsoffensive von Politik, Schulbehörden und Lehrerschaft mit den dafür notwendigen Ressourcen.

Der Blick von aussen

Eine erste Aussensicht brachten Frau R. Jean und Herr M. Spillmann mit ihren Tageskommentaren ein. Hier eine kurze Zusammenfassung des selbst Gehörten:

Frau Romaine Jean, rédactrice en chef adjointe de l'actualité à la TSR

Frau Jean äusserte sich über die Besorgnis der Leute in der Schweiz: Diese seien in erster Linie Fukushima und dann unmittelbar die Schule. Die Einmischung der Politik – letztlich der Bevölkerung – sei wichtig. «Man kann und muss sich gegenseitig anhören und gemeinsam über Schule reden.»

Einen weiteren Schwerpunkt setzt sie mit der besonders wichtigen Aufgabe des Zusammenhalts der Gesellschaft, welche wohl nur noch die Schule leisten kann. Dies sei für eine Schweiz mit vier Landessprachen, mit jeder vierten Person, welche nicht hier geboren ist, und den allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen von höchster Bedeutung. Zum Schluss zeigt sie sich überrascht vom echten Austausch innerhalb

des 1. Bildungstages und wünscht allen Lehrpersonen weiterhin viel Freude in ihrer wichtigen und schönen Funktion.

Herr Markus Spillmann, Chefredaktor NZZ

Herr Spillmann gliederte seinen Kommentar in zwei Teile: in Skepsis und in Positives. Zuerst nannte er die Widersprüche im Anspruch der Bildungspolitik und der (Schul-) Realität. Oft bestehe auch ein Zielkonflikt bzw. eine Kluft zwischen dem eigentlichen Auftrag: Soll man nun Pädagoge oder eher Erzieher sein? Auch fehlte Herrn Spillmann während der Diskussion eine Gesamtschau der Volksschule. Dies hätte sich auch am typischen Verhalten der Politiker manifestiert, indem sie nur eine der Thesen bzw. einen Blickpunkt auswählen würden. Einen weiteren Widerspruch ortete er bei den Thesen selbst: Nämlich zwischen der These 1 «mission impossible» und These 5 «Integration».

Aber es gebe auch Positives: Die Veranstaltung als solche scheine ihm geeignet für einen Dialog und den Aufbau von Verständnis für die gegenseitigen Anliegen. Dabei betonte er die Wichtigkeit des direkten Austauschs und der Verknüpfung von Strategischem mit Operativem. Ein besonderes Anliegen waren Herrn Spillmann die Eltern. Diese müssten als mündige, ernsthafte Partner wahrgenommen werden. Dann würden die Eltern für die Anliegen der Schule gewonnen werden.

«Die Schule braucht Öffentlichkeit und sie braucht die Unterstützung der Politik», hielt in seiner Eröffnungsansprache LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp fest. Mit dem ersten Schweizer Bildungstag wurde ein Beitrag geleistet, um das gegenseitige Verständnis zwischen der organisierten Lehrerschaft und der Bildungspolitik zu verbessern. Weitere Bildungstage müssen folgen!